

Start der ND-Solikampagne

Die Spendenaktion von ND mit SODI, IN-KOTA und dem Weltfriedensdienst geht in ihre neunte Auflage. Das Motto: Entwicklung für die Jugend. Die Länder: Brasilien, Nicaragua und Namibia. **Seite 2**



Heute mit wochenND

Interview mit der Regisseurin Helma Sanders-Brahms – Anders leben, anders arbeiten: im Kibbuz und in Niederkaufungen – Zum 100. Todestag von Lew Tolstoi – Friedrich Schorlemmers »Wahrheit zu zweit« – Guter Film, schlechter Sendeplatz – Neues JahrBuch Arbeiterbewegung – Die guten Umfragewerte der Grünen und ihre Schuld(en)bremse – Unterwegs auf Schwejks Spuren



Auch die »neue NATO« bleibt ein Kriegsbündnis

28 Mitgliedstaaten beschließen auf Lissabon-Gipfel Strategisches Konzept / Scharfe Kritik von Friedensaktivisten

Von Martin Lejeune, Lissabon

Während die Staats- und Regierungschefs der 28 NATO-Mitgliedsländer am Freitag in Lissabon unter strengsten Sicherheitsbedingungen zusammenkamen, um ihre neue Strategie für das Militärbündnis zu besiegeln, machen Friedensaktivisten aus aller Welt auf einem Gegengipfel gegen den Pakt mobil.

»Bei diesem Gipfel werden wir die neue NATO aus der Taufe heben«, kündigte Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen am Freitag vollmundig an. Dazu sollten der Be-

Obamas Probleme – schlechtes Omen für die nukleare Abrüstung? Die NATO und Russland – Beziehungen in neuer Harmonie? **Seite 7**

schluss über eine eigene Raketenabwehr der Allianz – Deutschland und Frankreich einigten sich nach monatelangem Streit auf ihre strategische Ausrichtung – und der »Neustart der Beziehungen zu Russland« gehören. Zudem wollten die NATO-Staaten ihren etappenweisen Rückzug aus Afghanistan einläuten. Hinter den Kulissen bemühte man sich bis zuletzt, Einwände der Türkei gegen die im neuen Konzept formulierte »strategische Zusammenarbeit« mit der EU auszuräumen.

Die NATO-Kritiker begannen derweil am Freitagmittag ihren Gegengipfel »Contra Cimeira« in einem Gymnasium im Zentrum der Stadt. 150 Kriegsgegner wurden



Protest im Liegen: Dutzende Friedensaktivisten setzen im Herzen von Lissabon ein Zeichen gegen die Besetzung Afghanistans. Foto: dpa/Manuel de Almeida

nach Angaben des Veranstalters Internationale Anti-NATO-Koordination bisher an den Grenzen Portugals aufgehalten. Allein 35 Friedensaktivisten der Union of Conscientious Objectors, einer zutiefst pazifistischen Vereinigung, verweigerte die Grenzpolizei die Ein-

reise, so Sprecherin Matkan Aikana gegenüber ND. Wie bekannt wurde, beschlagnahmte die Polizei am Flughafen von Lissabon aus dem Gepäck des Gegengipfelkoordinators Lucas Wirl die Druckzeugnisse, die auf dem Kongress verteilt werden sollten. Wirl wurde

nach dreistündigem Verhör abgeschoben. IALANA-Geschäftsführer Reiner Braun (Juristen gegen atomare Waffen), der den Gegengipfel eröffnete, sprach den Opfern der Repression seine Solidarität aus: »Dies alles passt in die antidemokratische Tradition der NATO, die

seinerzeit auch die diktatorischen Regimes in Portugal und Spanien integrierte.«

Systemkritik übte Vitor Lima von »A Plataforma Anti-Guerra Anti-NATO«: »Unser Problem ist der globale Kapitalismus. Und die NATO ist ein Teil dieses Problems.

Die kapitalistische Wirtschaft muss unaufhörlich wachsen. Der NATO kommt in dieser Spirale die Rolle zu, die Handelswege für die Rohstoffnachschiebe abzusichern oder Regierungen abzusetzen, die uns ihre Rohstoffe nicht so zur Verfügung stellen, wie wir wollen.«

Joseph Gerson, Direktor des Peace and Economic Security Program aus den USA, hält es für fatal, dass Nuklearwaffen auch zukünftig ein zentraler Bestandteil der neuen NATO-Strategie sind. Die Allianz habe die historische Chance versäumt, ein Zeichen zu setzen. Jan Majlcek vom »No BASES Network« in Tschechien hält das von der NATO geplante Raketenabwehrsystem für eine Bedrohung der Bevölkerung seines Landes. »Es würde die militärische Präsenz der NATO in Europa und bei uns in Tschechien dramatisch erhöhen und somit aggressive Signale aussenden.«

Auch Shams Arya von der afghanischen Oppositionspartei Hambastagi (Solidarity Party of Afghanistan) klagte das Bündnis an, steige doch »die Zahl der von der NATO getöteten Zivilisten am Hindukusch stetig an, selbst jetzt, wo offiziell mit den Taliban verhandelt« werde. Ziel des neuen Afghanistan-Konzeptes der NATO sei es, den USA und anderen Staaten einen Abzug in ein paar Jahren ohne großen Gesichtsverlust zu ermöglichen. »Dies ist aber zu spät! Wir fordern den sofortigen Abzug aller Truppen aus Afghanistan. Jeden Monat, den dieser Krieg länger andauert, werden mehr Menschen sterben.«

Unten links

Der **Koffer** als solcher wurde lange unterschätzt. Diese Zeiten sind vorbei. Heute wird er beobachtet, gemeldet, eingekreist, weiträumig abgesperrt, untersucht, notfalls gesprengt. Zur besseren Terrorabwehr haben die Innenminister außerdem das Singen und Abspielen des extremismusverdächtigen Schlagers »Ich hab noch einen Koffer in Berlin« verboten. Zumal es in dem Lied weiter heißt: »das bleibt auch so und das hat seinen Sinn«, was eindeutig wie eine Handlungsanweisung aus der Höhle von Osama bin Laden klingt. Die langjährigen, möglicherweise irrtümlich für tot erklärten Interpretinnen Marlene Dietrich und Hildegard Knef werden jetzt von Zielfahndern gesucht, denn Spezialisten des BND dechiffrierten in dem besagten Liedtext auch noch die ebenso alarmierende wie verräterische, auf den Koffer in Berlin bezogene Zeile: »deswegen muss ich da nächstens wieder hin«. Bürger, meldet verdächtige, ältere Damen mit Koffer! Man kann gar nicht vorsichtig genug sein! **wh**

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Innenminister wollen wieder Daten speichern

Bundespolei sieht hohe Anschlaggefahr

Während der oberste Bundespolizist von konkreten Hinweisen auf Anschlagpläne in Deutschland spricht, entpuppte sich eine angebliche Kofferbombe in Namibia als Testgerät.

Berlin (Agenturen/ND). Die Terrorgefahr in Deutschland ist nach Einschätzung von Bundespolizeichef Matthias Seeger derzeit größer als je zuvor. »Da sind sich alle Sicherheitsbehörden in ihrer Einschätzung einig«, sagte der Präsident des Bundespolizeipräsidiums der »Bild«-Zeitung. Es gebe ganz konkrete Hinweise auf geplante Anschläge durch militante Islamisten in den nächsten Wochen. »Auf einer Skala von eins – keine Gefahr – bis zehn – akute Anschlaggefahr – liegen wir im Moment bei 9,0«, so Seeger weiter. Zugleich wies er den Vorwurf der Panikmache zurück: »Panik oder Hysterie sind nicht angebracht.«

Entwarnung gab es am Freitag im Fall einer vermeintlichen Kofferbombe in Namibia. Das vor dem Abflug eines Air-Berlin-Jets in Windhuk gefundene Gepäckstück war ein für Sicherheitstests entwickelter Koffer ohne Sprengstoff, teilte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) in Hamburg mit. Ersten Erkenntnissen zufolge handele es sich um einen sogenannten Realtestkoffer einer US-Firma. Derzeit werde geprüft, ob und ge-

gebenenfalls wann und an wen der Koffer verkauft wurde. Auf die Frage nach dem Einsatz solcher Testkoffer auch durch deutsche Sicherheitsdienste bezeichnete es de Maizière als »sehr unwahrscheinlich«, dass deutsche Stellen mit dem Fall in Windhuk zu tun haben könnten.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Terrorwarnungen wollen die Innenminister von Bund und Ländern Telefon- und Internetdaten wieder für mindestens sechs Monate speichern. Die Ressortchefs forderten Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) am Freitag bei ihrer Herbstkonferenz in Hamburg auf, »zügig einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Mindestspeicherfrist vorzulegen«. Hamburgs Innensenator Heino Vahldieck (CDU) sagte, es sei »eine Horrorvorstellung«, dass bei einem Drahtzieher terroristischer Aktivitäten im Nachhinein nicht feststellbar sein könnte, »mit wem er in den Wochen zuvor kommuniziert hat, welche Netzwerke bestehen.«

Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) nannte am Freitag seine Äußerungen zur Meldung verdächtig aussehender Nachbarn »möglichlicherweise unglücklich«. Körting hatte erklärt, Berliner sollten seltsam aussehende oder arabisch sprechende Nachbarn den Behörden melden. **Seiten 4 und 8**

Gastkolumne

Militärpakt auf Samtpfoten

Von Peter Strutynski



Der Politologe ist Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag.

Foto: Daniela Fuchs-Frotscher

Das neue strategische Konzept der NATO ist ein Dokument des Übergangs. Es enthält weder Überraschungen noch wirkliche Neuerungen. Vielmehr werden die Praxis der NATO bestätigt und künftige Einsatzbereiche nur vage angedeutet. Vor allem aber beginnt es mit einer faustdicken Lüge, wenn festgestellt wird, die NATO sehe ihren vornehmsten Zweck in der Verteidigung der Mitgliedstaaten gegen Angriffe von außen. Die hatte es nicht in der Zeit des Kalten Kriegs gegeben, spätestens mit Auflösung des Warschauer Pakts sind sie undenkbar geworden. Seit dem NATO-Gipfel 1991 in Rom galten der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die militärische Absicherung des freien Welthandels und des Zugangs zu lebenswichtigen Rohstoffen sowie die Sicherung der Energieversorgung als erklärte Ziele des Militärbündnisses. Festgehalten wurde an der Doktrin der atomaren Abschreckung einschließlich des Vorbehalts eines »Erstschlags«. Mit dem Krieg um Kosovo wurde zudem die strikte geografische Eingrenzung des Aktionsradius der NATO auf den atlantischen Raum aufgegeben. Und in Afghanistan zieht die NATO alle Register völkerrechtswidriger Kriegführung.

Die neuen Elemente des Konzepts von Lissabon beziehen sich auf eine erweiterte Bedrohungswahrnehmung. Da sind einmal die »feindlichen« Mittel- und Langstreckenraketen, die das Bündnis erreichen können und gegen die ein gemeinsames Raketenabwehrsystem installiert werden soll. Dafür hatte Kriegspräsident Bush vorsorglich den ABM-Vertrag einseitig gekündigt – eine Maßnahme, die von seinem Amtsnachfolger Obama nicht rückgängig gemacht wurde. Gegen Bushs Raketenabwehrpläne hatte sich Widerstand geregt – nicht zuletzt auch von der Bundesregierung; der neue Plan – in der Sache vergleichbar mit dem alten – wird von den 28 NATO-Staaten abgenickt und erhält den Segen Russlands. Die opponierende Türkei wurde dadurch zufrieden gestellt, dass Iran im Dokument nicht ausdrücklich erwähnt wird. Alle Welt weiß aber, dass der Feindstaat Nr. 1 gemeint ist. Die zweite neue Bedrohung seien Cy-

ber-Angriffe, die sich gegen Mitgliedstaaten oder NATO-Einrichtungen richten könnten. Die aufgelegte Debatte, ob ein Militärbündnis die richtigen Instrumente bereithält, um mit dem Problem umzugehen, ist von der Realität überholt: Zwei Tage vor dem Gipfel in Lissabon begannen NATO-Übungen, in denen die Chancen der Reaktion auf mehrfache, gleichzeitig vorgetragene Cyber-Angriffe durchgespielt werden.

Die NATO präsentiert sich gern als ein »System kollektiver Sicherheit«, das den grundlegenden Werten von Demokratie, Freiheit und der Wahrung von Menschenrechten verpflichtet sei und auf völkerrechtlicher Grundlage der UN-Charta operiere. Sie kommt auf Samtpfoten daher, bleibt aber ein bis an die Zähne bewaffnetes Bündnis, das 75 Prozent der weltweiten Rüstungs- und Militärausgaben auf sich vereinigt. Ihre scharfen Krallen zeigte sie im Krieg gegen Jugoslawien und seit neun Jahren im Afghanistankrieg. Längst ist aus dem einstigen Verteidigungsbündnis ein Militärpakt geworden, der nach innen Sicherheit verspricht, nach außen aber jederzeit zum Angriff fähig und bereit ist. Die Welt kann erst aufatmen, wenn sich diese Kriegsbündnisse aus der Geschichte verabschiedet hat. Daran müssen wir arbeiten.